

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Landblatt erscheint an jedem Sonntag: Preis pro Stück 1.00 RM, im Abonnement 1.00 RM, bei Vorzug 1.20 RM, bei Abnahme von 100 Stück 1.00 RM, bei Abnahme von 200 Stück 0.80 RM, bei Abnahme von 500 Stück 0.60 RM, bei Abnahme von 1000 Stück 0.50 RM.

Verleger: Carl Köhler, Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Hegert, Frankenberg.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Söbda, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa. Notationsdruck und Verlag: C. G. Köhler (Inhaber Carl Köhler jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Hegert, Frankenberg.

Nr 47 Montag den 25. Februar 1924 nachmittags 83. Jahrgang

Vor folgenschweren Entscheidungen.

Diesem Reichstag werden, noch ehe er gestorben ist, Gedächtnisse gehalten, und es hieß einmal schon vor einigen Monaten, er wolle gar nicht sterben, sondern weiterleben kraft eigener Machtvollkommenheit. Bis zum Herbst sollte seine Wirkamkeitdauer verlängert werden. Mit dieser, augenscheinlich dem Gehirne einiger als Durchfallskandidaten für die nächste Wahl reifer Abgeordneter entsprungene Fabel ist jetzt ausgeräumt worden. Daß sie jetzt wieder aufgewärmt wurde, hat seinen Grund wohl in der missverständlichen Auffassung der Mittelungen, die der Reichsminister Sarres im Reichsrat über die Benachrichtigung der Landesregierungen zur Wahlkreis-Vorbereitung gemacht hat.

Wahler liegt die Frage nach dem Termin der Neuwahlen: sollen sie nach dem gesetzlichen Ablauf der Mandate stattfinden oder wird dem Reichstag ein vorzeitiges Ende durch eine Auflösung beschieden sein? Das Minderheitskabinett Marx steht bekanntlich auf schwachen Füßen und es fehlt nicht an Möglichkeiten, ihm sein durch das Ermächtigungsgesetz verliehenes Postament der Notverordnungen zu entziehen; Konfliktstoffe sind reichlich vorhanden. Dazu gehört allerdings die Wahlreform nicht. Regierung und Parteien sind nunmehr darüber übereingekommen, diese Arbeit frischeren Kräften zu überlassen. Mag sich ein neuer Reichstag sein Haus so wohlwollend einrichten, wie es ihm angemessen erscheint! Daß die Regierung auf die Einbringung der Wahlvorlage verzichtet hat und damit Auseinandersetzungen aus dem Wege gegangen ist, wobei sie aller Wahrscheinlichkeit nach den Kürzeren gezogen hätte, ist ein Beweis von Vorsicht. Es sind genug andere Steine des Unrustes da, über die das Kabinett stolpern kann. Das wird bei der für den nächsten Dienstag geplanten großen politischen Aussprache in die Erscheinung treten. Nicht so sehr beim vorläufigen Haushaltsplan, dessen Erledigung nicht übero Anie getrieben werden darf, als bei den Aufhebungs- und Abänderungsanträgen zu den Notverordnungen. Nach dieser Richtung haben bereits die Sozialdemokraten ihren an dieser Stelle erwähnten Wunschzettel veröffentlicht. Nun können die Deutschnationalen denselben Faden weiter, indem sie kurz und bündig die Aufhebung der britischen Steuerreform beantragen. In dem in Form eines Initiativantrages getriebenen sozialdemokratischen Antrag sollen sie nur ein Verschleppungsmanöver and wollen auch den Zusatzverordnungen mit einem besonderen Antrag zu Leibe gehen. Wäre es den Sozialdemokraten mit ihrem Vorgehen ernst, so müßten sie sich den materiell mit den ihrigen übereinstimmenden Anträgen der Deutschnationalen anschließen, und dann befänden sich die Koalitionsparteien in der Minderheit. Aber aus parteilichem Ehrgeiz wird die Sozialdemokratie diese schnelle Entscheidung vermeiden. Ihre Stärke liegt nur ziffernmäßig auf dem Papier, in Wahrheit leidet sie an Ansehensverlust, und so einen lauten Wurm ihre Presse auch vollführt, Stegesfanfaren werden dabei nicht vernehmbare. Man hat allen Grund, die Bildung eines Bürgerbundes nach Muster des Hiltlengischen Ordnungsbundes zu fürchten, denn die Wahlsprüche „Gegen den Marxismus“ ist noch immer zugkräftig, und die Ständen der Sozialdemokratie, die schließlich den Einsatz von Notverordnungen erzwingen, können nicht durch berechnete oder unberechnete Bemängelungen dieser Verordnungen ausgelöscht werden.

In einer Besprechung mit den Parteiführern hat der Kanzler sich auf die Aufrechterhaltung der Verordnungen und eventuell auf eine Auflösung des Reichstags festgelegt und damit die kritische Lage gekennzeichnet. Indessen spricht er ein Sie volo, sic jubeo nicht aus, sondern er will mit sich über einzelne Abänderungsvorschläge handeln lassen, sobald die Gesamtlage als befriedigend gelten darf. Die Tür der Verhandlung ist also nicht geschlossen, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß es großer Behutsamkeit bedürfen wird, Konflikte nicht auf die Spitze zu treiben. Lebensfalls würde eine Kabinettskrisis mit einer Reichstagsauflösung enden, und damit wird in parlamentarischen Kreisen ernstlich gerechnet. Das geht aus der Beschäftigung mit dem Wahltermin hervor. Vom 15. Juni ist kaum noch die Rede. Reichsminister Sarres verlangt die Feststellung der Wahlkreise bis spätestens zum 23. März. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben sich darauf geeinigt, daß die Wahlen am 11. Mai, jedenfalls aber am 1. Juni vor sich gehen müssen. Von anderer Seite wird ein Termin im Mai gefordert. In dieser Ungeklärtheit spricht sich keineswegs die Hoffnung auf einen glatten Verlauf der Dinge aus, sondern Krisenstimmung, und diese ist die Signatur der nächsten Tage. —nd.

Die Ausbeutung der deutschen Eisenbahnen

Die Reichseisenbahn als Pfandobjekt. Paris, 23. 2. Der erste Sachverständigenausschuß hat, wie die „Agence Havas“ berichtet, heute vormittag die Eisenbahnsachverständigen Kommittee und Reserve über ihren Bericht betr. der Reichseisenbahn gehört. „Temps“ glaubt zu wissen, daß dieser Bericht von den Sachverständigen, die von 10½ bis 1½ Uhr verhandelt, erörtert worden ist. Er erstreckt sich auf die Reorganisierung, die zu erzielenden Einsparnisse bei der Verwaltung und auf Maßnahmen, die er-

griffen werden sollen, um den Ertrag der Reichseisenbahn zu erhöhen. Endlich verbreitet sich der Bericht auch über die Möglichkeit, die Reichseisenbahnen unter Einfluß der Eisenbahnen im Ausland und im Ruhrgebiet als Pfand für internationale Anleihen nutzbar zu machen.

Der Bankenausschuß ist heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten.

Paris, 24. 2. Wie einige französische Blätter angeben, werde der französische Standpunkt bei den Feststellungen der Sachverständigen in drei Beziehungen durchgesetzt werden:

- 1. Das Prinzip der Separierung werde anerkannt, weil die Sachverständigen gegen die Fortdauer einer militärischen Überwachung nichts einwenden wollen.
- 2. Das Moratorium werde nicht länger wahren, als höchstens 3 Jahre, und auch die Sachleistungen sollen in dieser Zeit fortgesetzt werden.
- 3. Die geplante Rückgabe der Regiebahnen an die Reichsverwaltung soll in einer Weise erfolgen, die für Frankreich und Belgien annehmbar ist.

Diese angeblichen Beschlüsse, die in verschiedenen Zeitungen kommentiert, aber mit allem Vorbehalt beurteilt werden müssen, werden im „Gaulois“ als ein Erfolg Frankreichs bezeichnet. Die Blätter der extremen Richtung nennen die gleichen Pläne dagegen die Bestätigung des französischen Verzehrs auf die Fortsetzung der Ruhrpolitik.

Rückkehr der Pfalzausgewiesenen.

Die Schwertung in der französischen Politik. Sämtliche von den Separatisten ausgewiesenen Beamten der päpstlichen Kremlregierung haben die Erlaubnis erhalten, wieder in die Pfalz in ihre Heimat zurückzukehren. Es ist anzunehmen, daß ein Teil von ihnen bereits zu Beginn der kommenden Woche wieder amtiert. Ferner besteht Aussicht, daß die Mitte nächster Woche das Regierungsgebäude vollständig von den Separatisten geräumt ist. — Poincaré verhandelte nach einer Pariser Meldung mit dem Kriegsminister Maginot und dem Oberbefehlshaber der französischen Truppen im Ruhrgebiet Dequaitte. Nach dem Echo de Paris wurde die Lage in Deutschland besprochen und im Hinblick auf die Berichte der Sachverständigen die Frage erörtert, welche Konzeptionen man im Ruhrgebiet machen könne, „ohne entzweielt zu werden“.

Poincarés Finanzermächtigungsgesetz angenommen.

Die französische Kammer hat nach einer Nachtigung, die bis vormittags 18 Uhr dauerte, das gesamte Finanzermächtigungsgesetz, über das sie seit Ende Januar beraten hat, nach teilweise stürmischer Sitzung mit insgesamt 354 gegen 218 Stimmen angenommen.

Aus der Sitzung seien noch die folgenden Einzelheiten wiedergegeben: Eine Reihe von Artikeln ist zur nachmaligen Beratung dem Finanzministerium überwiesen worden, der im Laufe der Nacht zusammengestellt ist, um über die verlangten Abänderungen zu beschließen. Die Artikel 89—97 bilden eine besondere Debatte aus, sie beschäftigen sich mit der Überwachung des Kaufs von ausländischen Devisen und ihrer Überführung aus und nach dem Ausland. Roucheur erklärte, an Stelle der gedachten Reglementierung des Devisenverkehrs möchte er lieber dem Publikum die Freiheit des Marktes bewahrt sehen. Der sozialistische Abgeordnete Aubriot wiederum verlangte die Schaffung einer Devisenkontrolle, die aber der Finanzminister ablehnt; Aubriot legt deshalb sein Amendement zurück. de Vallée wandte sich auch gegen Roucheurs Forderung mit der Erklärung, man solle mitten in einer Krise, und es wäre unvorsichtig, den Kauf und Verkauf von Devisen zu erschweren. Die Artikel, die sich mit der Reglementierung des Devisenverkehrs beschäftigen, werden schließlich in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Verhaftungen im Berliner Mühlensstreik.

Eingreifen des Wehrkreiskommandos. Wegen schwebender Lohnstreikigkeiten sind, wie wir bereits kurz gemeldet haben, die Arbeitnehmer der Berliner Mühlindustrie in den Streik getreten. Da es sich dabei um einen Ausstand in lebenswichtigen Betrieben handelt, ist im Laufe des Tages ein Eingreifen des Wehrkreiskommandos erfolgt. In einer Streikversammlung, die in einem Lokal in der Michael-Rich-Strasse stattfand, erschienen plötzlich Polizeibeamte auf dem Plan und verhafteten, nachdem sie die Papiere der Anwesenden einer Prüfung unterzogen hatten, ein Mitglied des Betriebsrates der Berliner Dampfmühlens-A.G. Nach der Darstellung der Arbeitnehmer soll dieses Betriebsratsmitglied allerdings nicht der Lohnkommission angehören, in deren Händen die Führung des Streiks liegt. Nach zuverlässigen Informationen steht die Verhaftung von weiteren Betriebsratsmitgliedern, die zum Ausstand aufgefordert haben, unmittelbar bevor. Die Lohnliche Notlage ist bisher nicht eingeleitet worden, da alle Betriebe, bei denen unauffindbare Arbeiten zu erledigen waren, sich anderweitig Hilfskräfte besorgt haben.

Offener Brief Hindenburgs zum Ludendorff-Prozess.

Der folgende Brief des deutschen Oberbefehlshäbers im Weltkrieg, des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, wird uns zur Veröffentlichung zugestellt:

In letzter Zeit sind vielfach Aufforderungen an mich ergangen, es zu verhindern, daß der unzeitige Prozeß gegen meinen treuen Kriegsgesetzten, General Ludendorff, stattfindet. Jeder vaterlandsliebende Deutsche wird mit tiefem Schmerz dem Prozeß entgegensehen, und daher sind mir die an mich gerichteten Wünsche nur zu begreiflich. Aber bei ruhiger Überlegung muß man sich sagen, daß in einem Staatswesen ein Eingriff in die Rechtspflege eine Unmöglichkeit ist. Auch glaube ich nicht, daß mein Gehilfe in großer und schwerer Zeit bei seinem geraden Charakter den Gedanken gutgeheßen würde, ihm eine Ausnahmestellung erwirken zu wollen. Sollten wir uns daher in diesen trüben Tagen an den festen Glauben, daß eine rein sachliche gerichtliche Klarlegung zeigen wird, daß alle Handlungen meines lieben Kameraden und Gehilfen lediglich auf glückliche und selbstlose Vaterlandsliebe zurückzuführen sind, eine Annahme, die ich in dem Bestreben, beiden Teilen gerecht zu werden, auch seinen augenblicklichen Gegnern nicht vorenthalten will. v. Hindenburg.

Italien sammelt Bündnisse.

Wie aus Rom berichtet wird, wird Italien seine neue Bündnispolitik fortsetzen. Nachdem Handelsverträge mit Spanien, Jugoslawien und Rußland nunmehr abgeschlossen sind, die für Italiens Außenhandel von großer Bedeutung werden, wird, wie in politischen Kreisen erklärt wird, der nächste Schritt Italiens sein, ähnliche Verträge mit Rumänien, der Tschechoslowakei und Frankreich abzuschließen. Mussolini wünscht, wie es heißt, schon lange den Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Frankreich, da der jetzige längst überholt ist. Wer die Außenpolitik Frankreichs war nach Italiens Geschichte Außenpolitik Italiens war nach Italiens Aufstellung den Vorarbeiten für ein neues Bündnis zwischen Frankreich und Italien nur hinderlich. Italien wird daher zunächst Verhandlungen mit Rumänien aufnehmen, um baldmöglichst mit diesem Staat ein neues Vertragsverhältnis herbeizuführen.

Grönland den Estimos!

Kaufen und die Grönland-Frage. In einer Christianiaer Zeitung beschäftigt sich Kretzschmar ausführlich mit der Grönlandfrage. Er vertritt die Ansicht, daß der bemohnte Teil Grönlands weder Dänemark noch Norwegen gehöre, sondern daß die rechtmäßigen Besitzer des Landes die Estimos seien, und daß deren Interessen maßgebend sein müßten. Er warnt vor europäischen Einmischungen. Da aber nun der Ausländer nicht fernzujagen sei, solange ein Gewinn winkt, sei als Schutz gegenüber einer zu schnellen Ausnutzung kein anderer Ausweg möglich, als ein Monopolisten wie das dänische, das allerdings in mancher Hinsicht verbessert werden könne. Kretzschmar warnt dann Norwegen mit bezug auf seine Ansprüche auf Grönland und auf eine eventuelle Ausnutzung des Landes. Das norwegische Volk sei doch wohl kaum bereit, größere Summen für die Erbe zu opfern, Grönland zu besitzen. Was das Bestreben auf die fast unbewohnte Ostküste betreffe, so sei dies durchaus zweifelhaft. Der ganze südliche Teil der Ostküste vom Kap Ferrel bis zum 69. Grad nördlicher Breite sei zuerst von dänischen Expeditionen besetzt und kartographiert worden. Die Norweger könnten keine Forderungen auf diese Küstenküste erheben, da sie dort kaum gelaubt wären. Hingzu komme, daß die Strecke kaum einen Wert für Norwegen in wirtschaftlicher Hinsicht habe.

Die schwarzen Pöken in Oberschlesien.

Nach einem Telegramm aus Katowitz treten die schwarzen Pöken in Polnisch-Oberschlesien so bedrohlich auf, daß beispielsweise in Nikolai einige Straßenteile vom Verkehr abgesperrt werden mußten, und daß in Katowitz und Königshütte viele Kinder aus Besorgnis vor Ansteckung nicht mehr in die Schule geschickt werden. Für einen Industriebetrieb mußte durch den Kreisarzt in Katowitz die Zwangsimpfung des gesamten Arbeiter- und Angestelltenpersonals voran genommen werden.

Reichsverband deutscher Kleinrentner

Im großen Ausstellungssaale in Dresden sprach am Donnerstag vormittag Schriftsteller Ernst Köhler-Haagen über „Gedachte Auswertung“.

Er stellte seine Darlegungen unter das Motto: Der entsetzte Stand der deutschen Kleinrentner, Synopsenbesitzer, Kleinaktionäre will nicht jammern und betteln. Im Eingang seiner Ausführungen schildert er den Kampf der Rentnern auf die Aufwertung der zahllosen Forderungen, die heute im Reiche noch zu recht bestehen, die Sorge und Betätigung,